

Mit Nazis will ich nichts teilen

Ihr Autor Peter Sturm hat mir ein ganzes Jahr mehr aufgebrummt, als das Landgericht Berlin es tat (Wehklagen über „Siegerjustiz“, F.A.Z. vom 16. November). Nicht entgehen hätte ihm sollen, dass ich mit der Vokabel „Siegerjustiz“ besonnener umgehe als er. Meinen Richtern habe ich gesagt: „Ob sich das Gericht subjektiv für befangen hält oder nicht, objektiv stehen wir Deutschen durch die feindselige Vergangenheit in einer wechselseitigen, in einer fundamentalen Befangenheit.“

Wer das nicht begreift, wird nie verstehen, warum der Prozess der Vereinigung beider Staaten nun schon länger als drei Jahrzehnte dauert. Seit Churchill am 5. März 1946 die Tatsache festgestellt hatte: „Ein Eiserner Vorhang ist quer durch den Kontinent heruntergegangen“, konnte jeder politisch Interessierte wissen: Es ging um eine europäische Grenze von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, die nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur Nato zur militärischen Außengrenze des Warschauer Vertrages wurde. Die Mär von einer „innerdeutschen Grenze“ war eine der Lebenslügen altbundesdeutscher Politik, von der sich der Mainstream bis heute nicht verabschiedet hat. Solche komplexen geschichtlichen Vorgänge lassen sich mit keinem Kampfbegriff erfassen, auch nicht mit dem der „Siegerjustiz“, den ich gewöhnlich meide, weil die Ewiggestrigen in der alten Bundesrepublik ihn in einen Zusammenhang mit den Nürnberger Prozessen bringen. Mit Nazis will ich nichts teilen, selbst die Begriffe nicht.

Übrigens waren die Beziehungen zwischen den heute kriminalisierten DDR-Politikern und ihren bundesdeutschen Kollegen einst so vertrauensvoll, dass Altbundeskanzler Helmut Schmidt Erich Honecker am 12. Dezember 1981 anvertraute, dass das „Bundesverfassungsgericht mit unglaublich großer Arroganz politische Fragestellungen juristisch entscheidet“. „Man könne auch sagen“, so Helmut Schmidt weiter, „die Bundesrepublik sei kein Rechtsstaat, sondern ein Gerichtsstaat.“ Ich kenne keinen Grund, der mich veranlassen könnte, hinter den Erkenntnissen eines Bundeskanzlers zurückzubleiben.

Egon Krenz, Dierhagen